

## KONJUNKTURREPORT

22. Jg., Ausgabe 2, Juni 2022

### Starker Gegenwind für die Weltwirtschaft

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die strikte Null-Covid-Politik der chinesischen Regierung verstärken den Gegenwind für die **Weltwirtschaft**. Sowohl der Krieg als auch die Lockdowns in China verzögern die Normalisierung der globalen Lieferketten und heizen die Inflation an. Vor allem die Energie- und Lebensmittelpreise steigen kräftig. In manchen Ländern, etwa den USA und dem Vereinigten Königreich, gibt es angesichts von Arbeitskräfteknappheiten bereits Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale. OECD-weit sind im April die Verbraucherpreise um 9,2 % und im März die industriellen Erzeugerpreise um 19,2 % gestiegen. So hoch war der Preisanstieg auf der Verbrauchstufe zuletzt im April 1984 und bei den Erzeugerpreisen noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1983.

Der **Welthandel** gemäß CPB ist im März gegenüber Februar nur leicht um 0,2 % gesunken. Während er in China infolge des Lockdowns in Shanghai kräftig sank, erholte er sich in den USA und in Europa. Ein ähnliches Bild zeichnet der RWI/ISL-Containerumschlagindex für April. In Russland brachen die Importe aufgrund der Sanktionen um knapp 40 % ein, aber die Exporte stiegen, was laut CPB auf höhere Öl- und Gasausfuhrmengen und die hohen Energiepreise zurückzuführen ist.

Das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in den **USA** im ersten Quartal 2022 um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gesunken, nach einem Anstieg um 5,7 % im Jahr 2021. In **Japan** ging die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,2 % zurück, nach einem Anstieg um 1,6 % im Jahresdurchschnitt 2021. In **China** nahm die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2022 um 1,3 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Gesamtjahr 2021 war sie um 8,1 % gestiegen. Der Lockdown zeigt sich in einer deutlichen Abschwächung der Industrieproduktion und der Einzelhandelsumsätze. Die Regierung plant, den privaten Konsum mit einem Konjunkturpaket zu stützen. In der **EU27** stieg das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal um 0,4 %, im **Euroraum** um 0,3 %. Im Jahresdurchschnitt 2021 betrug das Wachstum im Euroraum 5,4 % und in der EU27 5,3 %.

In **Österreich** stieg das BIP im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 1,5 %. Im Jahr 2021 hatte die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt um 4,5 % zugelegt, aber im vierten Quartal war sie wegen des Lockdowns um 0,8 % zurückgegangen. Zu Jahresbeginn 2022 verzeichneten alle Wirtschaftsbereiche außer der Land- und Forstwirtschaft Zuwächse. Die Wirtschaftsleistung war um 0,5 % höher als vor Beginn der Corona-Pandemie, aber in den Bereichen Gastronomie und Beherbergung lag sie noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Verwendungsseitig nahmen alle Komponenten außer dem Staatskonsum zu. Da die Importe deutlich stärker als die Exporte expandierten, ging vom Außenhandel ein negativer Wachstumsbeitrag aus. Im weiteren Jahresverlauf dürften sich die Lieferengpässe und die hohen Kostensteigerungen bei vielen Vor- und Zwischenprodukten dämpfend bemerkbar machen. Der private Konsum dürfte unter der hohen Inflation leiden. Der Arbeitsmarkt erholt sich weiter. Im April war die Beschäftigung um 2,7 % höher als vor der Corona-Pandemie. Die Arbeitslosigkeit sinkt, und die Zahl der offenen Stellen war so hoch wie noch nie seit Beginn der Erhebung durch Statistik Austria im Jahr 2009.

Für die Bundesländer stehen derzeit Produktionsdaten bis März 2022 zur Verfügung. Im ersten Quartal ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 21,6 % und in ganz Österreich um 9,3 % gestiegen. Im saisonbereinigten Verlauf zeigt sich eine deutliche Abschwächung mit einem Rückgang um 1,7 % (Kärnten) bzw. 1,6 % (Österreich) im März. Die Bauproduktion sank im ersten Quartal in Kärnten um 3,2 % (Hochbau: -1,8 %, Tiefbau -16,6 %). In ganz Österreich stieg die Bauproduktion dagegen kräftig um 17,8 % (Hochbau: 17,1 %, Tiefbau: 21,9 %). Vor dem Ausbruch des Kriegs gegen die Ukraine belief sich die Prognose des Wirtschaftswachstums im Jahr 2022 auf 4,2 % in Österreich bzw. 4,1 % in Kärnten. Die Entwicklung war im ersten Quartal etwas besser als erwartet, aber die Lieferengpässe und die hohe Inflation belasten die Konjunktur.

Klaus Weyerstraß

## Gastkommentar: Unsichere Zeiten für Reform des Pensionssystems nutzen

Nach einem 10-jährigen Tiefststand der Verschuldung Österreichs im Jahr 2019 mit 70,6% des BIP und damit einem nach wie vor deutlich über den Maastricht-Kriterien von 60% des BIP liegenden Wert, sind die Staatsschulden Österreichs – ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie – in den letzten beiden Jahren wieder auf über 80% des BIP angewachsen (2021: 82,8%; vgl. Statistik Austria 2022). Eine entsprechend hohe Verschuldung schränkt den Handlungsspielraum des Staates deutlich ein und führt zu vermehrten Ausgaben im Rahmen des Schuldendienstes. Die aktuell vorliegende finanzielle Lage des österreichischen Staates würde damit eine gute Ausgangsbasis bieten, um über Einsparungspotentiale bzw. strukturelle Veränderungsoptionen nachzudenken. Ein potentielles Reformfeld stellt dabei nach wie vor die staatliche Pensionsversicherung dar.

Gemäß dem aktuell vorliegenden Ageing Report der Europäischen Kommission (2021) wird die Alterung der Bevölkerung aufgrund von zusätzlichen Ausgaben in den Bereichen Pensionen, Gesundheit und Langzeitpflege die öffentlichen Finanzen in Österreich vor Herausforderungen stellen. Die Prognosen gehen davon aus, dass im Besonderen das Pensionssystem zu einer zusätzlichen Belastung der öffentlichen Haushalte von 1,6% des BIP bis 2045 führen wird, wobei der genannte Bereich bereits aktuell über 10% des BIP bindet (2019: 13,3%). Reformpotentiale in Hinblick auf das Pensionssystem scheinen jedoch gegeben, wie die folgenden Absätze veranschaulichen.

Die Beschäftigungsquote der 55-64-Jährigen in Österreich liegt mit 62,7% bei den Männern und 48,3% bei den Frauen deutlich unter den europäischen Durchschnittswerten (EU27) von 66,6% bzw. 54,0% (Stand 2021). Die höchsten Quoten bei den Männern weisen die Länder Niederlande, Schweden, Dänemark und Tschechien auf, aber auch Deutschland liegt mit einem Wert von 76,0% unter den ersten fünf. Mit Schweden, Estland und Dänemark liegt die Frauenerwerbsbeteiligung in drei europäischen Ländern über 70%; auch Deutschland erreicht diesen Wert mit 68,0% beinahe (vgl. Eurostat, 2022). Daraus ergibt sich die Fragestellung, warum die österreichische Bevölkerung vergleichsweise früh die Erwerbstätigkeit beendet.

Zum einen ist das Regelpensionsalter mit 65 Jahren bei Männern und insbesondere 60 Jahren bei Frauen geringer als in vielen weiteren Ländern. In Bezug auf das Regelpensionsalter von Frauen ist hervorzuheben, dass dieses ab dem Jahr 2024 bis zum Jahr 2033 von 60 auf 65 Jahre angehoben wird. Diese Anpassung ist

zwar zu begrüßen, erfolgt jedoch sehr spät und zögerlich; vor allem da die gesetzlichen Grundlagen dafür bereits im Jahr 1992 beschlossen wurden. Die (wachsende) Wählermacht der Personen im Pensionsantrittsalter dürfte wohl eine nicht unerhebliche Rolle für die wenig motivierte Umsetzung bzw. den weiten Zeithorizont darstellen.

Hinzu kommt, dass das tatsächliche Pensionsantrittsalter in Österreich (zumindest bei Männern) nochmals deutlich unter dem Regelpensionsalter liegt. Zwar ist das faktische Pensionsantrittsalter in den letzten 20 Jahren angestiegen – auf 59,3 Jahren bei Frauen und 61,4 Jahren bei Männern, das Niveau von 1970 konnte jedoch noch nicht erreicht werden (vgl. Dachverband der österreichischen Sozialversicherung, 2021), und dies obwohl seither die Lebenserwartung deutlich zugenommen hat.

Ein Blick auf die Lebenserwartung zeigt, dass dies nicht der Grund für das Zurückliegen Österreichs in Bezug auf die Beschäftigungsquoten im Alter sein kann: Die Lebenserwartung in Österreich liegt mit 78,9 Jahren über jener in Deutschland (78,7 Jahre) und dem europäischen Durchschnitt von 77,5 Jahren (EU27). Auch die gesunde Lebenserwartung basierend auf der selbst wahrgenommenen Gesundheit bestätigt, dass der Gesundheitsstatus in Österreich nicht der zentrale Grund für den frühen Pensionsantritt sein kann: Österreich liegt wiederum deutlich über dem europäischen Mittel; Deutschland in diesem Fall sogar darunter (vgl. Eurostat, 2022). Dies lässt vermuten, dass die großzügigen Frühpensionierungsmöglichkeiten in Österreich einen nicht unerheblichen Anteil an den geringen Beschäftigungsquoten haben.

Angesichts der budgetären Lage des Staates, der bestehenden geopolitischen Herausforderungen und wirtschaftlichen Angespanntheit, der Alterung der Bevölkerung und dem sich daraus resultierenden zunehmenden Druck auf das Sozialsystem, die vergleichsweise geringen Beschäftigungsquoten im Alter, bei jedoch überdurchschnittlichem Gesundheitsstatus gilt es umso mehr, dringend notwendige Akzente – von einer Koppelung des Regelpensionsalters an die Lebenserwartung bis hin zur Verschärfung von Frühpensionierungsmöglichkeiten – zu setzen. Entsprechende Maßnahmen würden nicht nur für eine höhere finanzielle Nachhaltigkeit sorgen, sondern könnten auch zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes bezüglich des bestehenden Fach- und Arbeitskräftemangels beitragen.

Birgit Aigner-Walder

*FH-Prof. Dr. Birgit Aigner-Walder ist Professorin für Volkswirtschaftslehre am Studienbereich Wirtschaft & Management der FH Kärnten und leitet das Department Demographic Change and Regional Development (DCRD) am Institute for Applied Research on Ageing (IARA)*

## Kommentar: Die Zukunft Europas

Der Krieg in der Ukraine, die Inflation und die Sorgen um die Energie- und Nahrungsmittelsicherheit verstellen den Blick auf die längerfristige Zukunft Europas. So sind z.B. Politiker angetreten, um die Energiewende herbeizuführen, müssen aber feststellen, dass sie sich mit dem Beschaffen von fossiler Energie aus Ländern beschäftigen müssen, deren Ruf bezüglich Menschenrechte nicht besser ist als jener Russlands. Gerade im Energiebereich besteht die Gefahr, dass wir uns von einer strategischen Abhängigkeit (fossile Energie) in eine andere (Elektromobilität) bewegen.

Die heutige Europäische Union ist das Ergebnis von verschiedenen Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Fall des Eisernen Vorhangs, die Finanzkrise 2008 und die Covid-19-Pandemie sind weitere Ereignisse, die zu einer intensiveren Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene geführt haben. Gerade Corona und der russische Angriff auf die Ukraine zeigen aber auch, dass die Resilienz Europas von einer starken Wirtschaft mit strategischer Autonomie in kritischen Bereichen abhängt, die zu lange als gegeben betrachtet wurde.

Der technologischen Entwicklung kommt eine wichtige Rolle zu. Solange Europa bei zentralen Zukunftstechnologien nicht zu den führenden Ländern aufschließt, wird es bezüglich Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Einkommen nachhinken. Aktuell werden in Europa lediglich 9 % der Halbleiter produziert, und europäische Firmen kommen auf gerade 10 % der Halbleiter-Wertschöpfungskette.

Obwohl es in Europa leistungsfähige Unternehmen gibt, kann der Unternehmenssektor insgesamt mit dem in anderen Regionen kaum mithalten: Europäische Unternehmen wachsen im Durchschnitt langsamer, sind weniger profitabel und investieren weniger in Forschung und Entwicklung als US-Firmen. Das liegt hauptsächlich daran, dass Europa die letzte technologische Revolution in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sowie disruptive Innovationen größtenteils verpasst hat. Gerade IKT und Hochtechnologie stellen Querschnittsbereiche dar, über die technologischer Fortschritt in allen Sektoren der Wirtschaft seinen Niederschlag findet.

Der IKT-Bereich war ursprünglich ein Wirtschaftssektor, heute ist er allgegenwärtig. Wertschöpfung findet immer häufiger gerade in Querschnittsbereichen statt, die von dynamischen Netzwerkeffekten mit den damit verbundenen *the-winner-takes-it-all*-Strukturen charakterisiert sind. So schätzt das World Economic Forum, dass im Laufe der nächsten 10 Jahre 70 % der gesamten Wertschöpfung „digitally-enabled“

sein wird, wobei die Covid-19-Pandemie diese Entwicklung noch weiter verstärkt.

Europa ist gerade noch in zwei Bereichen führend. Wenn es die Marktführerschaft bei diesen Technologien (Materialien der nächsten Generation, Zukunft der grünen Technologien) verlieren sollte, besteht die Gefahr, dass es auch in den traditionellen Stärkebereichen (Luxusgüter, Automobil) zu einem Nachzügler werden könnte. Weit abgeschlagen ist Europa bei Computeranwendungen der nächsten Generation und solchen basierend auf der Blockchain. Bei Quanteninformatik sind 50 % der top Technologiefirmen in den USA, 40 % in China und keines in Europa.

Aber selbst im Bereich der grünen Technologien könnte die EU trotz ihrer Bemühungen, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, den Vorsprung verlieren. Europäische Akteure halten zwar deutlich mehr einschlägige Patente als US-Firmen und mehr als doppelt so viele im Vergleich zu chinesischen Konkurrenten. Der europäische Vorsprung dürfte trotzdem schmelzen, weil China die Produktion im Bereich der sauberen Technologien dominiert und die Vereinigten Staaten führend bei den bahnbrechenden Technologien auf diesem Gebiet sind.

Technologische Autonomie ist kompatibel mit globaler Zusammenarbeit. Autonomie kann mittels Diversifizierung der Lieferketten erreicht werden; Deglobalisierung und Entkopplung von Wirtschaftsblöcken sind eine offensichtliche Sackgasse, weil sie Wohlstand vernichten. Im Vergleich dazu sind die Kosten zur Erreichung der Klimaneutralität ein Klacks.

Mangel an etablierten Technologie-Ökosystemen, Fragmentierung von Industrien, wenig entwickelte Risikokapitalmärkte und ein restriktives und träges Regulierungs- und Governance-Umfeld sind nur einige der Herausforderungen, denen sich Europa schleunigst stellen sollte. Die aktuell hohe Inflation wird abklingen, der Krieg in der Ukraine beendet werden, langfristig stehen jedoch unser Wohlstand und Sozialmodell am Spiel.

Die Krisen der letzten Jahre haben zu einer Ausweitung des Staatssektors geführt – häufig mit dem Verweis auf Marktversagen. Der Europäische Aufbauplan *Next Generation EU* ist ein Beispiel dafür. Der ständige Ruf nach „Abfedern“ und „Deckeln“ von finanziellen Belastungen hinterlässt Spuren in den öffentlichen Finanzen und der Mentalität der Menschen. Immer mehr Staat birgt aber auch die Gefahr des Staatsversagens, welches unsere Zukunft gefährdet. Auf Landesebene sind das missglückte Handling des Hackerangriffs auf die Regierung wie auch die Polit-Posse um den Flughafen Klagenfurt aktuelle Beispiele dafür.

Norbert Wohlgemuth

## Wirtschaftskennzahlen im Überblick

### G20 Internationaler Handel in Dienstleistungen 2022Q1

prozentuelle Veränderung gegenüber 2021Q4  
(US Dollar)

	Export	Import
<b>G20</b>	<b>2,0</b>	<b>1,1</b>
Australien	1,5	9,5
Kanada	-1,3	2,3
China	4,1	3,5
Frankreich	4,9	2,0
Deutschland	1,1	0,4
Italien	1,8	-0,8
Japan	-4,4	2,3
Korea	1,6	0,0
Türkei	22,8	15,1
Vereinigtes Königreich	-1,3	-11,5
Vereinigte Staaten	2,3	2,3

Quelle: OECD; eigene Darstellung KIHS

### G20 Internationaler Warenhandel 2022Q1

prozentuelle Veränderung gegenüber 2021Q4  
(US Dollar)

	Export	Import
<b>G20</b>	<b>3,5</b>	<b>5,8</b>
Argentinien	11,5	6,4
Australien	7,8	13,6
Brasilien	20,2	0,9
Kanada	4,2	1,3
China	4,7	0,3
EU27	3,0	5,0
Frankreich	3,2	4,3
Deutschland	-0,1	3,0
Indien	-0,9	4,6
Indonesien	6,1	-1,2
Italien	5,5	7,9
Japan	0,8	7,0
Korea	3,8	6,1
Mexiko	5,2	6,9
Südafrika	7,7	10,3
Türkei	0,8	14,4
Vereinigtes Königreich	-1,6	18,8
Vereinigte Staaten	2,4	9,6

Quelle: OECD; eigene Darstellung KIHS

### Impressum

**Herausgeber:** KIHS  
**Adresse:** Universitätsstraße 65-67  
9020 Klagenfurt  
office@kihs.at  
**E-Mail:**  
**Website:** www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 7.6.2022

### Cloud Services im EU-Vergleich

% aller Unternehmen, 2014 und 2020

	2014	2020
<b>EU27</b>	<b>18</b>	<b>36</b>
Finnland	51	75
Schweden	39	70
Dänemark	38	67
Italien	40	59
Estland	15	56
Belgien	21	53
Malta	17	53
Niederlande	28	53
Irland	28	51
Kroatien	22	39
Slowenien	15	39
Österreich	12	38
Griechenland	8	17
Rumänien	5	16
Bulgarien	8	11

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

### Inflation im Euroraum, jährliche und monatliche Rate

Schnellschätzung – Mai 2022, %

	% zu Vorjahresmonat	% zu Vormonat
Gesamtindex Harmonisierter Verbraucherpreisindex	8,1	0,8
Lebensmittel, Alkohol, Tabak	7,5	1,3
Unverarbeitete Lebensmittel	9,1	1,5
Energie	39,2	2,0
Industriegüter ohne Energie	4,2	0,6
Dienstleistungen	3,5	0,4

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

### Makroökonomische Indikatoren

aktuelle Schätzung für 2022

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, (%)*	Leistungsbilanz (% BIP)	Budgetbalance (% BIP)
USA	2,3	7,7	3,6	-4,2	-5,8
China	5,0	2,2	6,1	2,3	-6,2
Japan	2,8	1,8	2,5	1,3	-6,1
Großbritannien	3,9	6,7	3,7	-3,2	-5,3
Euroraum	3,2	5,2	6,8	2,4	-4,1
Österreich	2,6	6,5	4,4	-1,3	-4,4
Frankreich	2,7	5,4	7,2	-1,2	-5,7
Deutschland	1,6	6,8	3,0	5,9	-2,9
Italien	2,0	6,3	8,4	1,5	-5,9
Schweiz	2,4	2,5	2,2	6,3	.

\*aktuellster verfügbarer Monatswert  
Quelle: The Economist; 4. Juni 2022  
eigene Darstellung KIHS